

_____ W. Sachs: Politische Konsequenzen aus der Finanzkrise _____
_____ K. Fritzsche/W. Kahlenborn: Schutz für Klima und Rendite _____
_____ C. Bals/S. Rostock: Investieren in die Armutsbekämpfung _____

politische ökologie¹¹²⁻¹¹³

Dezember 08_26. Jahrgang_19,90 Euro_31,80 sFr._ISSN 0933-5722_ ISBN 978-3-86581-128-8_B 8400 F



4 194201 919905 80113



Nachhaltiges Investment

Blaupause für den Neuanfang

Nachhaltiges Investment

Blaupause für den Neuanfang

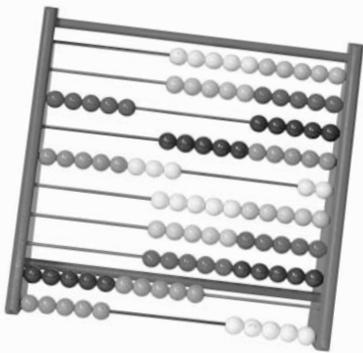
Peanuts

6 Einstiege

11 Es funkelt im Anlageuniversum

Nachhaltiges Investment

Von Paschen von Flotow



Kassensturz

16 Das Kasino dichtmachen!

Finanzmärkte und Demokratie

Von Peter Wahl

20 Chance zur Revision?

Finanzkrise 2008

Von Gerhard Scherhorn

24 „Der Neoliberalismus ist auf dem großen Haufen der Irrlehren der Geschichte gelandet.“

Politische Konsequenzen aus der Finanzkrise

Ein Interview mit Wolfgang Sachs

26 Gewinn mit Sinn

Wertewandel in der Finanzwelt

Von Antoinette Hunziker-Ebnetter



Barometer

30 Es war einmal in Amerika ...

Die Geschichte des nachhaltigen Investierens

Von Klaus Gabriel

34 „Über die Inhalte von nachhaltigen Finanzprodukten wird deren Struktur gern übersehen.“

Sozialverantwortliche Geldanlage und Gerechtigkeit

Ein Interview mit Antje Schneeweiß

36 Die Kultur macht den Unterschied

Nachhaltige Anlage im internationalen Vergleich

Von Ingeborg Schumacher-Hummel

Parkett

40 Der Schlüssel für dauerhaften Erfolg Unternehmen

Von Sabine Braun und Axel Klein

44 Vom Trend zum Boom

Finanzdienstleister

Von Stefan Löbber und Michael Finette

48 Der Wahrheit auf der Spur

Ratingagenturen

Von Silke Riedel

52 Die Zugpferde ändern die Richtung

Institutionelle Investoren

Von Andreas Knörzer

55 Prädestiniert, aber schlecht präpariert

Stiftungen

Von Jörg Rohwedder

57 Von Zögerern und Geldverbessernern

Privatanleger

Von Uwe Demele

61 Grüne Hebel in Bewegung setzen

Politik

Von Gerhard Schick

Zukunftsanleihe

66 Was bringt's?

Ethisch orientiertes Investment
 Von Markus Schlagnitweit

69 Zwei Probleme mit einer Klappe schlagen

Klimawandel und Finanzdienstleistungen
 Von Kerstin Fritzsche und Walter Kahlenborn

73 Wie kommt das Blaukehlchen an die Börse?

Biodiversität und nachhaltige Kapitalanlagen
 Von Rolf D. Häbeler

76 Keine Angst vor fernen Märkten

Nachhaltiges Investment und Armutsbekämpfung
 Von Christoph Bals und Stefan Rostock

79 Silberstreif am Anlagehorizont

Themen und Trends der Zukunft
 Von Holger Glockner und Klaus Burmeister



Impulse

82 Projekte und Konzepte

Richtlinien für Nachhaltigkeitsberichte
 Global Reporting Initiative

Geld für Nähstuben und Bio-Chili-Anbau
 Mikrofinanzierung

86 Marktplatz

89 Medien

Spektrum Nachhaltigkeit

94 Paradigmenwechsel mit Folgen

CSR ist weniger als Nachhaltiges Wirtschaften
 Von Heike Leitschuh

96 Wachstum als Illusion?

Nationaler Wohlfahrtsindex
 Von Roland Zieschank und Hans Diefenbacher

98 Katapult für eine neue industrielle Revolution

Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien
 Von Ralf Fücks

100 Kanadisches Kuwait in der Kritik

Förderung von Ölsänden
 Von Joachim Kasten

102 Reform der kleinen Schritte

UN-Umweltprogramm
 Von Steffen Bauer

Rubriken

3 Editorial

104 Reaktionen

105 Vorschau/Impressum



UN-Umweltprogramm

Reform der kleinen Schritte

Von Steffen Bauer

Die Vereinten Nationen sind gleichermaßen Antreiber und Handlungsrahmen der internationalen Umweltpolitik. Der noch unter Generalsekretär Kofi Annan angestoßene Reformprozess zur Stärkung der systemweiten Kohärenz der Vereinten Nationen zielt daher neben Entwicklung und humanitärer Hilfe ausdrücklich auch auf die Umweltpolitik der Weltorganisation. Im Mittelpunkt der damit verbundenen Diskussion um erforderliche institutionelle Anpassungen steht zu meist das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Es wurde nach der Stockholmer Weltumweltkonferenz von 1972 gegründet und verkörpert seither das „Umweltbewusstsein“ der Vereinten Nationen. Offensichtlich ist, dass die dem UNEP zugebilligten Kompetenzen und Ressourcen aber weder ausreichen, den vielfältigen Umweltproblemen der Welt wirksam zu begegnen, noch, die umweltpolitisch relevanten Aktivitäten der zahlreichen UN-Sonderorganisationen und Programme sinnvoll zu bündeln.

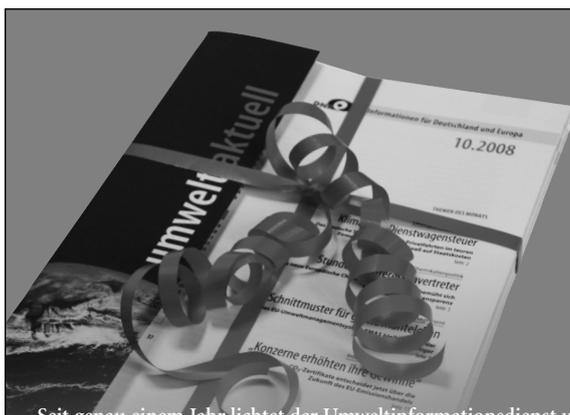
Die Bedeutung des UNEP als zentrales umweltpolitisches Organ der Vereinten Nationen wurde in zahlreichen Resolutionen und Deklarationen zwar immer wieder neu bestätigt. Die Mitgliedstaaten haben es aber nicht in die Lage versetzt, die damit verbundenen Erwartungen wirklich erfüllen zu können. (1) Neu erscheint deshalb weniger die Forderung, das UNEP aufzuwerten „und mit echter Autorität als die für Umweltpolitik zuständige Säule des Systems der Vereinten Nationen“ auszustatten. (2) Eher schon die Ernsthaftigkeit, mit der die Mitgliedstaaten gegenwärtig konkrete Reformoptionen diskutieren, und das Maß, in dem sich unter-

schiedliche Positionen bezüglich der Notwendigkeit und der Dringlichkeit entsprechender Maßnahmen zuletzt angenähert haben. So wird kaum noch infrage gestellt, dass die Vereinten Nationen im Bereich der Umweltpolitik stärker als bisher mit einer Stimme sprechen müssen, dass diese Stimme über politisches Gewicht und glaubwürdige fachliche Autorität verfügen muss, dass die Tätigkeiten der Vereinten Nationen im Schnittfeld von Umwelt und Entwicklung besser aufeinander abgestimmt werden müssen und dass mehr finanzielle Mittel für umweltpolitische Ziele bereitgestellt werden sollen. Unstrittig ist auch, dass mehr für den Aufbau umweltpolitischer Kapazitäten in Entwicklungsländern getan werden muss, wenn international vereinbarte Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene wirksam implementiert werden sollen.

Drei Wege zur Reform

Strittig bleibt, wie diese Ziele am besten zu erreichen sind. Hier haben sich drei unterschiedliche Positionen herauskristallisiert, die sich ihrer Reichweite nach unterscheiden lassen:

- ☐ Ein Bündel pragmatischer Reformschritte soll UNEP helfen, eine bessere umweltpolitische Leistung der Vereinten Nationen im gegebenen institutionellen Rahmen zu erreichen.
- ☐ Das UNEP ist im Sinne einer Dachorganisation zu stärken, in die der milliardenschwere Finanzierungsmechanismus Globale Umweltfazilität und die Sekretariate einschlägiger internationaler Umweltabkommen, wie etwa der Klimarahmenkonvention, integriert werden. (3)



Seit genau einem Jahr leuchtet der Umweltinformationsdienst **umwelt aktuell** das Nachrichtendickicht. Kompetent und zuverlässig. News, Hintergründe und Kommentare zu Ökologie und Nachhaltigkeit, auf die Akteure und Interessierte nicht mehr verzichten wollen. Feiern Sie mit uns den 1. Geburtstag von **umwelt aktuell** und sichern Sie sich ein kostenloses Exemplar von **umwelt aktuell**!

Happy Birthday umwelt aktuell

Kostenloses Ansichtsexemplar? E-Mail: neugier@oekom.de

□ Die UN-Umweltbehörde wird im Range einer Sonderorganisation neu gegründet. Diese würde sich von UNEP formal vor allem durch den eigenen völkerrechtlichen Status, eine universelle Mitgliedschaft und verbindliche Finanzierungsbeiträge der Mitgliedstaaten unterscheiden. Es wäre dies die weitreichendste organisatorische Reform, wie sie mit unterschiedlichen Etiketten, zum Beispiel als Weltumweltorganisation WEO, als Globale Umweltorganisation GEO oder als United Nations Environment Organization UNEO, seit Jahren immer wieder neu zur Diskussion gestellt wird. (4)

Ein entsprechender Vorstoß Frankreichs gipfelte im Februar 2007 in einer Konferenz, zu der sich auf Einladung des damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac Minister(innen), Unternehmer- und Wissenschaftler(innen) aus über 60 Staaten in Paris zusammenfanden. Vertreter(innen) aus 46 Ländern – im Wesentlichen die Mitgliedstaaten der EU sowie knapp zwei Dutzend Entwicklungsländer – hoben hier die Friends-of-the-UNEO-Gruppe aus der Taufe, um ihrer Forderung nach einer starken Umwelt-Sonderorganisation Nachdruck zu verleihen. Nach wie vor stehen aber viele Staaten diesem Ansinnen skeptisch bis offen ablehnend gegenüber, darunter nicht zuletzt die USA und Japan sowie China, Mexiko und eine Reihe weiterer Schwellen- und Entwicklungsländer. Die UNEO-Initiative hat gleichwohl dazu beigetragen, die Reformdiskussion auf hoher staatlicher Ebene zu verstetigen und die politische Aufmerksamkeit zu erhöhen. So folgten weitere Ministerkonferenzen, die auf Einladung Brasiliens im September 2007 in Rio de Janeiro und auf Einladung Costa Ricas im Mai 2008 in New York stattfanden, ein Treffen der Commonwealth-Staatschefs im Juni 2008 in London sowie informelle Beratungen im Kontext des UNEP-Verwaltungsrats und der UN-Generalversammlung. Unter Federführung Mexikos und der Schweiz werden hier getreu dem Motto einer Reformpolitik der kleinen Schritte konsensfähige Verbesserungsmöglichkeiten in sieben Problembereichen erörtert und konkretisiert, ohne dass die Diskussion grundsätzlicher Reformfragen aufgegeben würde. Zu den einzelnen Bausteinen zählen dabei die Präsenz des UNEP auf regionaler Ebene, der Ausbau seiner wissenschaftlichen Kapazitäten und eine verbesserte Finanzierungsgrundlage.

Cartagena und Bali richtungsweisend

Diesseits der Reformdebatte sollte nicht übersehen werden, dass in den letzten Jahren schon wichtige Schritte zur Stärkung des UNEP unternommen wurden. Neben den beachtlichen Anstrengungen des UNEP-Direktors Achim Steiner und seines bis 2006 amtierenden Vorgängers Klaus Töpfer, die Sichtbarkeit des Umweltprogramms und die Leistungsfähigkeit seines Sekretariats zu verbessern, sind hier vor allem zwei politische Initiativen des UNEP-Verwaltungsrats zu nennen. Erstens das im Rahmen des Globalen Umweltministerforums von 2002 beschlossene Cartagena-Paket, das eine schrittweise Stärkung des UNEP vorsieht und in vielen Punkten die Grundlage für die aktuelle Reformdiskussion liefert, und zweitens der 2005 verabschiedete Bali-Strategieplan, der UNEP vor allem zum Aufbau armutsrelevanter, umweltpolitischer Kapazitäten in Entwicklungsländern befähigen soll. Für die informellen Beratungen der Mitgliedstaaten sind die Beschlüsse von Cartagena und Bali zentral. Sie bieten insbesondere

den Entwicklungsländern Gelegenheit, die Glaubwürdigkeit der Industrieländer auf die Probe zu stellen, indem sie die Umsetzung der bereits getroffenen Vereinbarungen einfordern und ihre Zustimmung zu weiter reichenden organisatorischen Reformen davon abhängig machen. Ohne erkennbaren politischen Willen, die entwicklungspolitische Dimension umweltpolitischer Fragen stärker zu berücksichtigen und dafür zusätzliche Ressourcen bereitzustellen, sind jedenfalls keine durchschlagenden Fortschritte zu erwarten. Bedeutsame Reformergebnisse setzen vielmehr voraus, dass die Regierungen in Industrie- wie Entwicklungsländern akzeptieren, dass sie angesichts der Tragweite und Komplexität der ökologischen Herausforderungen „mehr gewinnen als verlieren, wenn sie die Vereinten Nationen in den Stand setzen, Aufgaben zu übernehmen, die kein Land allein erledigen kann“. (5) Bis dahin wird es entscheidend sein, nicht in aktionistische Organisationsreformen zu verfallen, sondern breite programmatische Veränderungen anzustoßen, die ökologische Degradation und den globalen Klimawandel als langfristige Parameter fast aller Handlungsfelder der Vereinten Nationen berücksichtigen. Eine starke Umweltbehörde, die innerhalb der Vereinten Nationen über ausreichende Autorität verfügt, um eine größere Kohärenz der internationalen Umweltpolitik zu erwirken, kann dabei nur förderlich sein. Ob dies durch eine gezielte Stärkung des UNEP oder die Schaffung einer neuen Sonderorganisation erreicht wird, bleibt letztlich nebensächlich. —

Anmerkungen

- (1) Bauer, S. (2006): Die Reform der Vereinten Nationen und die Umweltpolitik. Das UNEP zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Klein, E.; Volger, H. (Hrsg.): Chance für eine Reform der Vereinten Nationen? Potsdam, S. 117-131.
- (2) UN (Hrsg.) (2006): Eine UNO. Bericht der Hochrangigen Gruppe des Generalsekretärs für systemweite Kohärenz auf dem Gebiet der Entwicklung, der humanitären Hilfe und der Umwelt.
- (3) Die Global Environment Facility (GEF) fördert seit 1991 Projekte für globalen Umweltschutz in Entwicklungsländern. Sie ist der Finanzierungsmechanismus für die Konventionen zu Biodiversität, Klima und langlebigen organischen Schadstoffen.
- (4) Biermann, F./Bauer, S. (Hrsg.) (2005): A World Environment Organization. Solution or Threat for Effective International Environmental Governance? Aldershot, S. 1-23.
- (5) Kennedy, P. (2007): Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung. München, S. 323.

Zum Autor

Steffen Bauer, 1973, ist Politikwissenschaftler und seit 2006 wiss. Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn und Referent des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Kontakt

Steffen Bauer
 Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
 Tulpenfeld 6
 D-53113 Bonn
 Fon ++49/(0)228/949 27 -153, Fax -130
 E-Mail steffen.bauer@die-gdi.de
 www.die-gdi.de